University of Kent

Kent Academic Repository

Goebel, Stefan P. (2024) *Eine Umbennung wäre ein Schlag ins Gesicht.* Weser-Kurier . p. 2.

Downloaded from
https://kar.kent.ac.uk/114700/ The University of Kent's Academic Repository KAR

The version of record is available from

This document version
Publisher pdf

DOI for this version

Licence for this version
UNSPECIFIED

Additional information

Versions of research works

Versions of Record
If this version is the version of record, it is the same as the published version available on the publisher's web site. Cite as the published version.

Author Accepted Manuscripts
If this document is identified as the Author Accepted Manuscript it is the version after peer review but before type setting, copy editing or publisher branding. Cite as Surname, Initial. (Year) 'Title of article'. To be published in ***Title of Journal*** , Volume and issue numbers [peer-reviewed accepted version]. Available at: DOI or URL (Accessed: date).

Enquiries
If you have questions about this document contact ResearchSupport@kent.ac.uk. Please include the URL of the record in KAR. If you believe that your, or a third party's rights have been compromised through this document please see our Take Down policy (available from https://www.kent.ac.uk/guides/kar-the-kent-academic-repository#policies).

SPD als offen bezeichnet. Diese Diskussion könnte sich noch verstärken, wenn die SPD bei den Europawahlen am 9. Juni und bei den Landtagswahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern im September verliert. Speziell einen Machtverlust in Brandenburg, das als einziges Bundesland im Osten seit der Wiedervereinigung durchgehend von einem SPD-Ministerpräsidenten regiert wurde, dürfte die Partei kaum ohne Konsequenzen hinnehmen. Das Schicksal von Olaf Scholz könnte sich ausgerechnet an seinem Wohnort Potsdam entscheiden.

Dass Scholz die Nähe seines Kontrahenten spürt, wurde schon in der vergangenen Woche deutlich, als er seinem Verteidigungsminister zweimal öffentlich die Unterstützung versagte. Pistorius selbst ist klug genug, jegliche Spekulationen bis zum Herbst weit von sich zu weisen: „Wir haben einen hervorragenden Kanzler, der wird auch der nächste Kanzlerkandidat“, ließ der Verteidigungsminister aus dem fernen Litauen wissen. Aber Pistorius ist ein ausgebuffter Politprofi und weiß genau, dass sich diese Frage früher oder später stellen könnte. Solange gilt für ihn: Abwarten und Popularitätswerte hochhalten. Wenn er zu früh springt, kann er nur verlieren.

Bericht Seite 4

markus.peters@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteurin: Silke Hellwig · **Mitglied der Chefredaktion:** Michael Baltes · **Chef vom Dienst:** Michael Brandt · **Digitalchef:** Bastian Angenendt-Eiserbeck · **Art-Direktor:** Franz Berding
Chefreporter: Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer · **Leiter Zentraldesk und Politik:** Thorsten Waterkamp (Stellvertretung)
Bremen/Niedersachsen und Wirtschaft: Maren Beneke, Mathias Sonnenberg · **Kultur:** Iris Hetscher · **Sport:** Olaf Dorow
Kommunal- und Landespolitik: Jürgen Theiner · **Stadtteile:** Antje Borstelmann
DIE NORDDEUTSCHE: Björn Josten · **WÜMME-ZEITUNG:** André Fesser · **OSTERHOLZER KREISBLATT:** Lars Fischer
SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU: Wolfgang Sembritzki*
ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Felix Gutschmidt*
DELMENHORSTER KURIER: Gerwin Möller*
Büro Berlin: Markus Peters · **Büro Brüssel:** Katrin Pribyl
Büro London: Susanne Ebner · **Büro Paris:** Birgit Holzer
Büro Washington: Thomas Spang *Pressedienst Nord GmbH

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle.

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 48,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 78.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
Mo. bis Fr.: 9.30 bis 17 Uhr.
Telefonisch Mo. bis Fr. von 7 bis 17 Uhr und Sa. von 7 bis 12 Uhr.
Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
Online: weser-kurier.de/kundenservice sowie über die WK News-App
Redaktion:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 42 21 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH

… werden nicht angep



Jürgen Theiner
über Bremens Regierung

Was sind Bremens drängendste Probleme? Die Straßenräuber in der Innenstadt? Die Bildungsmisere? Die dramatische Finanzlage? I wo! Wenn am kommenden Montag der Koalitionsausschuss von SPD, Grünen und Linken nach längerer Pause wieder einmal zusammenkommt, geht es um das heimliche Topthema des Zwei-Städte-Staats. Ganz oben auf der Liste des Gremiums, das laut Koalitionsvertrag „Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung“ behandelt, steht die sogenannte Bezahlkarte.

Wir erinnern uns: Ende April hatte der Bundesrat den Weg freigemacht für die Einführung einer Guthabenkarte, mit der Asylbewerber über ihre staatlichen Leistungen verfügen und beispielsweise im Supermarkt bezahlen können. Überweisungen ins Ausland wären nicht mehr möglich, im Grundsatz sollen auch Bargeldauszahlungen begrenzt werden.

Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) wollte der Gesetzesvorlage in der Länderkammer zustimmen. Er glaubte, freie Hand zu haben, wurde vom kleinsten Koalitionspartner aber ausgebremst. Die Bezahlkarte erschwere die Integration der Flüchtlinge, machten die Linken geltend. Letztlich standen die Bremer bei der Abstimmung allein auf der Lichtung, denn die beiden anderen Bundesländer mit linker Regierungsbeteiligung – Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern – hatten mit der Bezahlkarte kein Problem. Für den Bürgermeister war das ziemlich peinlich. Er wurde vorgeführt.

Der Streit droht in eine neue Runde zu gehen: Denn nachdem der Bund die gesetzliche Grundlage geschaffen hat, ist es an den Ländern, die Funktionen der Karte in eigener Regie auszugestalten. Die Bremer Linken möchten natürlich, dass die Nutzung möglichst keinerlei Einschränkungen unterworfen ist, während das Rathaus eine Regelung anstrebt, die nicht allzu sehr von der Praxis in anderen Bundesländern abweicht, am besten im Gleichklang mit Niedersachsen. Wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist? Schwer zu sagen. Vor dem Herbst wohl nicht, hört man aus dem linken Lager.

Bremen steht finanziell am Abgrund. Man muss das so deutlich sagen.

Anders gesagt: Die rot-grün-rote Koalition wird wieder einmal viel Energie auf ein Thema verwenden, das von der Lebensrealität der allermeisten Bremer und den wirklichen Herausforderungen des Bundeslandes meilenweit entfernt ist. Die Linken spielen ihre ideologischen Spielchen. Derweil steht Bremen finanziell am Abgrund. Man muss das so deutlich sagen. Mitte Juni wird die Bürgerschaft einen Haushalt für 2024 beschließen, der erneut eine hohe Neuverschuldung mit sich bringt und deshalb mit Notlagenbeschlüssen flankiert werden muss

… Eine Umbenennung wäre

Stefan Goebel
über die Langemarckstraße

Der Streit über die Langemarckstraße in Bremen ist richtig und wichtig. „Langemarck“ stellt ein schwieriges Erbe dar, das sich auch durch eine Namensänderung nicht tilgen lässt. Der Name dieses kleinen Ortes bei Ypern wurde von der deutschen Propaganda sowohl im Ersten Weltkrieg als auch im Dritten Reich schwer missbraucht. Deutsche Städte mit einer Langemarckstraße tragen daher eine besondere historische Verantwortung – eine Verantwortung, der sie sich nicht entziehen können und dürfen.

Heute gibt es in Deutschland noch gut 30 nach „Langemarck“ benannte Straßen, Plätze und Parks; im Jahre 1945 dürften es mindestens 500 gewesen sein. Keine dieser Straßen ist so lang und zentral wie die in Bremen. Nicht eine Umbenennung, sondern eine Umwidmung der Bremer Langemarckstraße erscheint angebracht, um den Bedeutungswandel Langemarks seit dem Zweiten Weltkrieg zu würdigen: Erstens ist Langemark beziehungsweise die Region Ypern heute ein Zentrum europäischer Erinnerungskultur und Friedensarbeit. „Langemarck“ war einst ein Symbol für Krieg und Propaganda, heute steht es dagegen für Gedenken und Aussöhnung.

Zweitens ist Langemark inzwischen Teil des offiziellen Gedenkens der Bundesrepublik. Auf dem Soldatenfriedhof von Langemark (seit 2023 Weltkulturerbe) erinnern Deutsche und Belgier gemeinsam der Opfer der Weltkriege. Die Bundesrepublik